Anlage 7 zur Abstimmungsvereinbarung

Mitbenutzung der PPK-Sammelstruktur für restentleerte Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton (PPK) gemäß § 22 Abs. 4 VerpackG

Diese Anlage ist nur in Verbindung mit dem Haupttext der Abstimmungsvereinbarung gültig.

§ 1 Geltendmachung des Mitbenutzungsanspruchs

Die Stadt Neumünster als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (im Folgenden: örE) macht den Anspruch auf Mitbenutzung ihrer Sammelstruktur für Altpapier nach Maßgabe des in Anlage 5 festgelegten Sammelsystems gem. § 22 Abs. 4 S. 1 VerpackG geltend. Die Systeme erfüllen ihre Verpflichtung nach § 14 Abs. 1 VerpackG für PPK ausschließlich in Form der hiermit vereinbarten Mitbenutzung und verwenden ausschließlich die hierüber erfassten Mengen für den Mengenstromnachweis nach § 17 VerpackG. Ausgenommen davon ist die Entsorgung von Anfallstellen nach § 3 Abs. 11 S. 2 VerpackG, die eine andere als die in Anlage 5 festgelegten Entsorgungslösungen benötigen; die Entsorgung solcher Anfallstellen ist nicht Gegenstand der Mitbenutzung.

Entsprechend § 22 Abs. 4 S. 6 – 8 VerpackG wird in diesem Zusammenhang zwischen den Parteien auch die Verwertungsseite für den Verpackungsanteil geregelt.

§ 2 Parameter zum Verpackungsanteil

1. Den Entgeltregelungen (§ 3) und den Regelungen zur Verwertungsseite (§ 4) liegen folgende Parameter zu Grunde:

- a) Der Masseanteil der Verpackungen in den Sammelbehältern beträgt 33,5 v.H.
- b) Der Volumenanpassungsfaktor der Verpackungen in den Sammelbehältern beträgt 1,0.
- c) Der von den Systemen insgesamt zu tragende Kostenanteil beträgt 33,5 v.H. (Masseanteil x Volumenanpassungsfaktor). Diese Festlegung gilt als Vorgabe des örE gem. § 22 Abs. 4 S. 5 VerpackG.

2. Die Parameter nach Abs. 1 bleiben unverändert, solange sie nicht auf Verlangen einer Partei wegen veränderter Verhältnisse geändert werden. Ein Anpassungsverlangen kann vom örE und vom gemeinsamen Vertreter nach § 22 Abs. 7 VerpackG in einem Turnus von jeweils 3 Jahren und mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 4 Monaten mit Wirkung zum Beginn des nächsten Kalenderjahres geltend gemacht werden. Veränderte Verhältnisse liegen insbesondere bei einer deutlichen marktbedingten Veränderung des Verpackungsanteils vor, die andere Anteile als nach Ziff. 1 a) oder b) festgelegt rechtfertigen, wenn dies durch geeignete Unterlagen (z.B. Marktanalysen der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung oder aktuelle Sortieranalysen) belegt wird. Eine Anpassung findet zudem auf Verlangen ohne zeitliche Einschränkung statt, wenn sich die Systemfestlegung nach Anlage 5 (z.B. Sammelsystem, Behältergrößen, Sammelrhythmus) mit erheblicher Auswirkung auf die Anteile nach Ziff. 1 a) und b) verändert.

Zeitgleich mit der Anpassung der Parameter sind auch die Regelungen in §§ 3 und 4 zu Mengen und Entgelten entsprechend anzupassen.

§ 3 Mitbenutzungsentgelt für die Sammlung

1. Für die Mitbenutzung seiner Sammelstruktur erhält der örE ein Mitbenutzungsentgelt, das sich aus den Kosten, die nach Maßgabe der Gebührenbemessungsgrundsätze des § 9 Bundesgebührengesetz ermittelt werden, und dem in § 2 Abs. 1 c) vereinbarten Kostenanteil ergibt. Das jährliche Gesamtgebietsentgelt beträgt 219.760,00 € (142,60 €/Mg).

Das von den einzelnen Systemen zu zahlende Entgelt wird auf Basis des Gesamtgebietsentgelts für den jeweiligen Monat wie folgt berechnet:

Monatliches Entgelt =

Gesamtgebietsentgelt / 12 x Marktanteil des Systembetreibers gem. § 26 Abs. 1 S. 2 Nr. 14 VerpackG für PPK.

2. Eine Anpassung an die endgültigen Marktanteile der einzelnen Systeme nach § 26 Abs. 1 S. 2 Nr. 15 VerpackG findet nicht statt.

3. Das Gesamtgebietsentgelt ist in einem Turnus von jeweils 3 Jahren an geänderte Kostenverhältnisse anzupassen. Eine zusätzliche Anpassung findet statt, wenn der örE die Sammelleistung neu vergibt. Ein Anpassungsverlangen ist mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 4 Monaten mit Wirkung zum Beginn des nächsten Kalenderjahres geltend zu machen.

§ 4 Regelung der Verwertungsseite

1. Auf Grundlage der mit dem gemeinsamen Vertreter nach § 22 Abs. 7 S. 1 VerpackG in Abs. 2 und 3 verbindlich vereinbarten Konditionen steht jedem System ein Wahlrecht zwischen einer gemeinsamen Verwertung durch den örE (§ 22 Abs. 4 S. 6 VerpackG) und der Herausgabe eines seinem Masseanteil entsprechenden Teils des Sammelgemischs (§ 22 Abs. 4 S. 7 VerpackG) zu für alle Systeme einheitlichen Konditionen zu. Für die gesamte Geltungsdauer des Masseanteils nach § 2 Abs. 1a) wird die für § 4 maßgebliche Verpackungsmenge aller Systeme auf Grund einer Annahme zur Entwicklung der Gesamtsammelmenge verbindlich auf 128,416 Mg / Monat festgelegt und entsprechend den Marktanteilen aufgeteilt.

2. Im Falle der Entscheidung für eine gemeinsame Verwertung (§ 22 Abs. 4 Satz 6 VerpackG) **verzichten** die Systeme auf eine Erlösbeteiligung.

3. Im Falle der Entscheidung für eine Herausgabe nach § 22 Abs. 4 S. 7 VerpackG stellt der örE eine nach dem Berechnungsverfahren gem. Abs. 1 ermittelte Teilmenge des Sammelgemischs dem System zur eigenen Vermarktung nach Maßgabe der in § 6 vereinbarten operativen Bestimmungen zur Verfügung. Im Gegenzug leistet das jeweilige System

einen Ausgleich von 8,00 € / Mg für die Zusatzkosten der Übergabe, bezogen auf die zur Abholung bereitgestellte Menge

4. Das Wahlrecht ist für einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren verbindlich auszuüben; ein Änderungsverlangen ist mindestens ein Jahr vorher schriftlich mitzuteilen. Wird das Wahlrecht nicht innerhalb eines Monats nach Abschluss der Abstimmungsvereinbarung ausgeübt, gilt die gemeinsame Verwertung nach Abs. 2 für mindestens 3 Jahre als vereinbart.

§ 5 Operative Regelungen bei gemeinsamer Verwertung nach § 4 Abs. 2

1. Der örE ist verpflichtet, die erfassten und ggfs. sortierten restentleerten Verpackungen aus PPK zeitnah im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und Gefahr zu verwerten. Die Verwertung muss den jeweils aktuellen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG), dem VerpackG, den Feststellungs- bzw. Genehmigungsbescheiden der Bundesländer sowie den Anforderungen der Umweltbehörden genügen.
2. Der örE stellt sicher, dass in jedem Fall die nach § 4 Abs. 1 S. 2 vereinbarte Menge in der Verwertung nachgewiesen wird.

§ 6 Operative Regelungen bei Herausgabe nach § 4 Abs. 3

1. Der örE stellt die der Herausgabe unterliegenden Mengen an einem Übergabeort bereit, den er dem jeweiligen System rechtzeitig vor der operativen Umsetzung der Herausgabe schriftlich mitteilt. Gleiches gilt für eine spätere Änderung des Übergabeorts. Der örE ist in der Wahl des Übergabeorts frei.
2. Der örE stellt als Surrogat für restentleerte Verpackungen einen mengenmäßig entsprechenden Teil des Sammelgemischs in der durchschnittlichen Qualität bereit, wie sie im Bereitstellungsmonat am Übergabeort anfällt. Eine weitergehende Gewährleistung für die Beschaffenheit des Materials wird nicht übernommen.
3. Der örE teilt dem jeweiligen System das Erreichen einer wirtschaftlichen Transporteinheit mit. Er stellt die lose Verladung mit einer Mindestmenge von 16 Mg sicher. Die Behältergestaltung und Abholung hat innerhalb von 7 Werktagen nach der Mitteilung zu den üblichen Betriebszeiten des Übergabeorts (Mo.-Do. 7:00 Uhr bis 14:00 Uhr und Fr. 7:00 Uhr bis 11:00 Uhr) zu erfolgen.
4. Der örE und das jeweilige System legen die genauen Modalitäten der Übergabe durch gesonderte Vereinbarung fest; insbesondere konkretisieren sie unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten des Übergabeorts und der vom System gewählten Abhollogistik den Begriff der wirtschaftlichen Transporteinheit gem. Abs. 3 S. 1. Für abweichende Gestaltungen vereinbaren sie ggfs. einen finanziellen Ausgleich.
5. Abweichend von Abs. 1 - 3 können der örE und das jeweilige System zudem vereinbaren, dass der örE die herauszugebenden Mengen zusammen mit seinen eigenen und ggfs. den Mengen anderer Systeme nach Maßgabe des § 5 verwertet. Die Systeme räumen dem örE die Möglichkeit ein, dafür ein Angebot zu unterbreiten. Zahlungsansprüche nach § 4 Abs. 3 bleiben unberührt.

§ 7 Nachweise

1. Der örE ist verpflichtet, den einzelnen Systemen monatlich die von ihm im Rahmen dieser Vereinbarung erfassten und abgefahrenen sowie – im Fall des § 5 – von ihm der Verwertung zugeführten restentleerten Verpackungen aus PPK durch Wiegescheine nachzuweisen, um die Systeme in die Lage zu versetzen, den Mengenstromnachweis gem. § 17 VerpackG zu führen.
2. Die Wiegescheine müssen den Anforderungen der zuständigen Stellen genügen und in jedem Fall Fraktion, Herkunft und Wiegedatum ausweisen. Die Originale sind vom örE nach den jeweils gültigen Bestimmungen, mindestens jedoch drei Jahre aufzubewahren.
3. Der örE stellt zur Gewährleistung einer reversionssicheren Buch- und Mengenstromprüfung sicher, dass den Systemen und / oder einem von ihnen beauftragten Dritten regelmäßig innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf eines Monats die monatlichen Mengendaten übermittelt werden.

4. Der örE stimmt die von ihm in einem Monat gemeldeten Mengendaten spätestens bis zum Ende des Folgemonats mit den Systemen ab. Die einzelnen Systeme stimmen nach Jahresende mit dem örE auf Grundlage der monatlichen Mengenmeldungen sowie der Mengen aus Anfallstellen gem. § 1 S. 3 die Mengen ab, die aus dem Gebiet des örE in den Mengenstromnachweis nach § 17 VerpackG einfließen.

5. Die Meldungen der Mengendaten des örE sind mittels des von den Systemen einheitlich vorgegebenen EDV- Datenformats und Übertragungswegs abzugeben. Die Systeme stellen dem örE das Softwareprogramm und die Beschreibung des Datenformats zur Erfüllung dieser Vereinbarung kostenlos zur Verfügung. Der örE kann auch eine eigene Software verwenden, wenn diese eine kompatible Schnittstelle beinhaltet.

§ 8 Rechnungslegung

1. Der örE stellt die ihm zustehenden Entgelte nach § 3 Abs. 1 und nach § 4 Abs. 3 (bei Herausgabe) zum Monatsende in Rechnung. Sie sind für die Monate Januar bis November innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungslegung auszugleichen. Die Zahlung der Rechnungen für den Monat Dezember erfolgt innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungslegung und Abstimmung des Mengenstromnachweises für diesen Monat gem. § 7 Abs. 4 S. 1.

2. Die Rechnungslegung erfolgt mit Ausweis der Umsatzsteuer. Für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass die erbrachten Leistungen des örE entgegen der Einschätzung der Parteien bei Abschluss der Vereinbarung nicht der Umsatzsteuer unterliegen sollten, erfolgt die Rechnungslegung ohne Umsatzsteuerausweis. Sollte die Nichtsteuerbarkeit nachträglich festgestellt werden, sind bereits erteilte Rechnungen mit unberechtigtem Umsatzsteuerausweis nach den Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes zu korrigieren. Der örE hat in dem Fall seinem Vertragspartner die zu Unrecht in Rechnung gestellte Umsatzsteuer zurückzuzahlen. Der Vertragspartner verpflichtet sich im Gegenzug, seine insoweit geltend gemachten Vorsteuerbeträge zu korrigieren.

3. Gesetzliche Zurückbehaltungsrechte wegen Zahlungsverzugs der Gegenseite bleiben unberührt.

§ 9 Eigentum, Haftung, Gefahrübergang

1. Mit der Miterfassung der restentleerten Verpackungen durch den örE bzw. durch einen von ihm beauftragten Dritten gehen Eigentum und Besitz vom privaten Endverbraucher direkt an den örE oder an den von ihm beauftragten Dritten über. Im Fall der Herausgabe nach § 22 Abs. 4 S. 7 VerpackG gehen mit der Verladung Eigentum und Besitz von diesen auf das jeweilige System oder den von ihm bestimmten Dritten über.

2. Die Systeme übernehmen für Risiken des örE aus der Mitbenutzung seiner Sammelstrukturen keine Haftung.

3. Im Falle des § 6 geht die Gefahr mit der Verladung, spätestens jedoch mit Ablauf der Abholfrist nach § 6 Abs. 3 S. 2 auf das jeweilige System über. Im Falle eines Zahlungsverzugs des Systems, den der örE zur Zurückbehaltung veranlasst, gilt für den Gefahrübergang der Zeitpunkt, zu dem ohne den Zahlungsverzug der Gefahrübergang eingetreten wäre.

§ 10 Altverträge

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung enden alle zwischen dem örE bzw. einem von ihm getragenen Unternehmen und den einzelnen Systemen abgeschlossenen Leistungsverträge für PPK, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Verträge mit drittbeauftragten privaten Entsorgern werden die Systeme rechtzeitig beenden.

§ 11 Vertragsdauer, Kündigung

Diese Vereinbarung teilt die Laufzeitregelung der Abstimmungsvereinbarung. Scheitert eine der in den §§ 2 - 4 vorgesehenen Anpassungen, sind der örE und der gemeinsame Vertreter nach § 22 Abs. 7 S. 1 VerpackG jedoch berechtigt, die Vereinbarung mit Ausnahme von § 1 mit Wirkung zum Ende des auf die Kündigung folgenden Monats zu kündigen. Eine Anpassung gilt als gescheitert, wenn nicht innerhalb von 4 Monaten nach ihrer Geltendmachung eine Einigung herbeigeführt wurde. Der Bestand der Abstimmungsvereinbarung im Übrigen bleibt davon unberührt, soweit und solange die Inanspruchnahme von § 12 Abs. 2 der Abstimmungsvereinbarung nicht durch Zahlungsverweigerung, Zahlungskürzung oder in anderer Weise von einem System streitig gestellt wird.

Diese Anlage ist als Bestandteil der Abstimmungsvereinbarung ohne Unterschriften gültig.